

Die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) : Eine historische Einordnung

Von Michael Schrödersⁱ

Mit diesem Überblick wird versucht, eine ideologiekritische Orientierung zu geben zur historischen Einordnung des Programms der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). Die Programmatik dieser Partei liegt vor in einem Artikel von Bernhard Schaub und einem sich daran anschließenden "20 Punkte-Programm" in der parteieigenen, innerhalb der eigenen Szene vertriebenen Parteizeitung "Zeitgeist", Ausgabe 02/2002, S. 5 - 6. Dieses Parteiprogramm, so meine These, ist geprägt von einer antisemitischen, antidemokratischen und rechtsextremistischen Tradition, die direkt anschließt an Ideologie und Parteiprogramm der NSDAP mit der daraus resultierenden gegenwärtigen Unfähigkeit, Schweizer Politik zu gestalten, weshalb an dieser Stelle zunächst ein Vergleich zentraler programmatischer Aussagen der beiden Parteien notwendig ist. Dieser Vergleich an einzelnen Beispielen kann und soll die wissenschaftliche und analytische Beschäftigung mit diesem Parteiprogramm nicht ersetzen, zu der hiermit ausdrücklich ermuntert sei; er kann jedoch zur öffentlichen Auseinandersetzung mit dieser Programmatik Argumente beisteuern, die zeigen, welche ideologische Basis der Politik der PNOS in der Schweiz zugrunde liegt.

I. Bernhard Schaub und der Nationalsozialismus

Diese historisch-programmatische Annäherung wird bereits in Schaub's Aufsatz "Die Schweiz als Volksstaat - Das Parteiprogramm der PNOS" deutlich. Ausgehend von einer antidemokratischen, vulgären "Staatsphilosophie", wonach "Staatsgründung und Staatsführung ... immer von einer Elite" gestaltet wurden und werden, die Schaub als "Männerbund" bezeichnet, nennt Schaub als Beispiele die "Taliban in Afghanistan" und den "Kriegerorden von Bin Laden" (aufmerksame Leser werden hier einen Euphemismus erkennen, der bis zur Relativierung und Leugnung strafbarer Handlungen führt, ebenfalls ein Merkmal des Nationalsozialismus insbesondere zur Verschleierung von Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg), um sodann sein offenbar direktes Vorbild anzusprechen: "Und natürlich war auch das Dritte Reich ... nichts anderes als die Gründung einer verschworenen Männergemeinschaft unter ihrem Führer". Angestrebt wird offenbar ein autoritärer Führerstaat, dessen Aufgabe es sei, "das Volk zu schützen und zu fördern, ihm das Bewusstsein seiner Einheit und Grösse zu geben, seinem Geist und seiner Kultur zur Entfaltung zu verhelfen und seiner Macht nach außen Geltung zu verschaffen" (expansionistische Tendenz, die an die "Lebensraum"- und Eroberungspolitik des "Dritten Reichs" erinnertⁱⁱ), während es "Aufgabe des Volkes" sei, "den Staat zu seiner eigenen Sache zu machen, sich für ihn einzusetzen und Opfer zu bringen"ⁱⁱⁱ. Ein ähnliches Staatsverständnis hatte 1934 bereits der Freiburger Staatsrechtslehrer Otto Koellreutter vertreten: "Das Führerprinzip des deutschen Führerstaates baut demgegenüber auf völkischer Grundlage auf. Es wurzelt in der Staatsautorität des völkischen Staates, d.h. in einer Staatsethik"^{iv}; Schaub spricht nicht nur von der zu realisierenden "Volksgemeinschaft", einem der zentralen Propagandabegriffe des "Dritten Reiches", sondern vertritt mit seinem Konzept einer elitären Staatsführung auch dieses Führerprinzip^v und daneben die Vorherrschaft des männlichen Geschlechts: "Die Staatsführung, die Rechtsprechung und das Wehrwesen - also die eigentlichen Säulen des Staates - waren Sache der Männer"; oder, um zum Vergleich den "Reichsleiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP" und (ab 1940) "Reichsminister für die besetzten Ostgebiete" Alfred Rosenberg zu bemühen: "Richter, Soldat und Staatslenker muß der Mann sein und bleiben"^{vi}. Mit einer an die bereits seit 1935 widerlegten Pläne einer "jüdischen Weltverschwörung" erinnernden Begrifflichkeit gibt Schaub in der folgenden Dichotomie zu diesem Staatsverständnis einen Hinweis auf den von ihm angestrebten idealen Staat:

"Auch die heutigen "Demokratien" (sic!, mit Anführungszeichen, M.S.) und die Globalisierung gehen auf einen international arbeitenden Männerbund zurück: auf die Freimaurerlogen und auf ihren jüdischen Ableger, die B'nai B'rith-Loge".

Hatte bereits Hitler in einer Rede vor Parteianhängern in München am 13. April 1923 die falsche Parallele^{vii} von Judentum und Freimaurern gezogen ("Was war denn dieser ganze Liberalismus, was unsere Presse, was die Börse, was das Freimaurertum ... Judeninstrumente !"^{viii}), so scheut sich Schaub nicht, das Dritte Reich als "grosse(n) Gegenpol zu den Freimaurerbestrebungen" zu bezeichnen. Deutlich wird, dass Schaub, der sich in Internet-Veröffentlichungen auch gern als "Grauer Wolf" bezeichnet und damit das Selbstverständnis eines Leittiers einer offenbar von ihm beherrschten Anhängerschar vermittelt, sich als Gegner eines demokratischen Staates offenbart und gleichzeitig demokratische Staatsformen sowie - in der Tradition antisemitischer Feindbilder, die Juden bereits im Spätmittelalter als Wucherer betrachteten - eine auf der Freiheit der Handelnden beruhende, international agierende Wirtschaftsverfassung ablehnt, die er in offener Ignoranz wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Arbeiten zum Thema^{ix} als "Globalisierung" kennzeichnet. Folgerichtig bezeichnet er, in dieser Reihenfolge, "Globalisierer" als "Rassen-, Volks- und Kulturfeinde", womit ein weiterer Grundzug nationalsozialistischer Ideologie bezeichnet ist: der rassistische Antisemitismus^x. Dies lässt auf einen Antisemitismus in der PNOS schließen, der diese auch revisionistische Thesen - im Sinne der Leugnung der Shoah bzw. des fälschlicherweise so genannten "Holocaust" - eines Robert Faurisson, David Irving, Wilhelm Stäglich oder Thies Christophersen vertreten lässt^{xi}. Für deren politische Praxis lässt dies die Vermutung zu, dass rechtswidrige Verfolgung und gewalttätige Bekämpfung von Minderheiten zu dieser Praxis einer präsumtiven PNOS-Herrschaft in der Schweiz gehören sollen, welche die menschenrechts- und demokratiefeindliche Gewaltherrschaft nach den historischen Erfahrungen mit dem "Dritten Reich" geprägt haben.

II. PNOS und NSDAP: Ein Überblick über die Parteiprogramme

Die ideologische Parallele zwischen nationalsozialistischer Ideologie und dem politischen Programm der PNOS ist also bereits an dieser Stelle deutlich genug, um nun lediglich Zitate aus einzelnen Programmpunkten einander gegenüber zu stellen, die in einem zweiten Schritt einer wissenschaftlichen Analyse des Politik- und Verfassungsverständnisses der PNOS ermöglichen soll. Die folgende, auszugsweise Übersicht über die beiden Parteiprogramme soll zum endgültigen Beweis der oben genannten These deshalb genügen, wobei einem mit dem jeweiligen Punkt bezeichneten Zitat aus dem Parteiprogramm der PNOS jeweils ein solches aus dem 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920 folgt^{xii}:

1. Staatsangehörigkeit und Fremdenfeindlichkeit bzw. Antisemitismus:

PNOS 1:

"Staatsangehöriger kann nur sein und werden, wer der eigenen oder einer verwandten Volksgruppe angehört".

NSDAP 4:

"Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein".

PNOS 8:

"Abschaffung des Maulkorbgesetzes (Art. 261 bis des Strafgesetzbuches)".

PNOS 3:

"Wer nicht Staats- und Volksangehöriger ist, lebt als Gast hier und untersteht dem Fremdengesetz".

NSDAP 5:

"Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und unter Fremden gesetzgebung stehen".

PNOS 7:

"Kampf gegen Überfremdung und Überbevölkerung. Zügige Rückführung kulturfremder Ausländer in ihre Heimat. Wir wollen ein europäisches Europa!"

NSDAP 8:

"Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, dass alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden".

2. Demokratie und Legislative:

PNOS 10:

"Echte Volksherrschaft statt heuchlerischer Scheindemokratie. Das heisst: Mitentscheidung nach dem Grundsatz der Zuständigkeit durch berufsständische Gliederung des Staates. Damit gehört der Geld- und Parteienfilz der Vergangenheit an."

NSDAP 25:

"Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlamentes über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten".

PNOS 4:

"Die Gesetze haben dafür zu sorgen, dass Ehre und Wohlfahrt des eigenen Volkes und die Autorität des Staates Vorrang haben und unangetastet bleiben".

3. Wehrverfassung:

PNOS 13:

"Wehrfähigkeit durch allgemeine Wehrpflicht, Armee als Schule der Nation. Verstaatlichung der Rüstungsindustrie".

NSDAP 22:

"Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres".

4. Meinungsfreiheit und Presserecht:

PNOS 15:

"Übergang der Medien an Bund, Kantone und Gemeinden sowie die berufsständischen und kulturellen Organisationen. Schluss mit der Manipulation seitens volksfremder und staatsfeindlicher Elemente".

NSDAP 23:

"Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewusste politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, dass

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen.

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden".

5. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung:

PNOS 11:

"Vorrang der Politik vor der Wirtschaft, Verstaatlichung der Nationalbank, Fort mit der Kredit- und Zinswirtschaft, Geldschöpfung zu Staatszwecken statt für die Taschen der Privatbanken, Entschuldung des Staates, Förderung des Gemeindeeigentums an Boden".

NSDAP 13:

Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

NSDAP 17:

"Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation".

PNOS 12:

"Stärkung des Mittelstandes, der kleinen und mittleren Unternehmungen und der selbständig Erwerbenden".

NSDAP 16:

"Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden".

6. Sozial- und Bildungspolitik:

PNOS 16:

"Familienförderung für Einheimische, Schutz von Mutter und Kind".

NSDAP 21:

"Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes ..."

PNOS16:

"Ein Erziehungswesen für eine gesunde, eigenverantwortliche und volksverbundene Jugend".

NSDAP 20:

"Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden".

NSDAP 21:

"... Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlichen Jugendausbildung beschäftigenden Vereine".

7. Außenpolitik

PNOS 5:

"Der Staat kann Verträge mit anderen Staaten eingehen, aber ausschließlich zum Zweck, die eigenen Interessen zu wahren oder europäische Kultur und Menschenart gegen fremde Machtbestrebungen zu verteidigen".

NSDAP 2:

"Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain"^{xiii}.

III. Ein Fazit

Hatte bereits der Vergleich von Schaub's grundlegenden programmatischen Ausführungen mit solchen der NS-Führung gezeigt, dass die politische Programmatik der PNOS sich am historischen "Vorbild" des Nationalsozialismus orientiert und offen antisemitische bzw. fremdenfeindliche, antidemokratische und autoritäre Staats- und Verfassungsvorstellungen im Sinne einer "Volksgemeinschafts"- bzw. "Volksstaat-Ideologie" proklamiert; bis in wörtliche Übereinstimmungen von Forderungen (Fremdengesetzgebung, Mittelstandspolitik, "Schutz von Mutter und Kind") lässt sich dieser Vergleich Gemeinsamkeiten beider Programme bei allen historisch bedingten Unterschieden deutlich hervortreten. Hinzu kommt ein für viele rechtsextreme Parteien charakteristischer Revisionismus, der als Hilfsideologie (Wolfgang Benz) das in der

seriösen Forschung erarbeitete Bild des Unrechtsstaates "Drittes Reich" mit dem Ziel infrage stellen soll, es gleichsam zu retuschieren und die eigene rechtsextreme Ideologie historisch und zugleich propagandistisch zu legitimieren^{xiv}. Vermutlich aber, dies wäre ebenfalls in einer vertieften Analyse zu prüfen, sind die programmatischen Leitsätze der PNOS in der Schweiz ebenso verfassungswidrig, wie es die Einschränkung der Pressefreiheit zugunsten einer verstärkten Staatskontrolle, die Einschränkung des Vereinsrechts oder die Einführung einer "Fremdengesetzgebung" unter Aufhebung des Gleichheitsgrundsatzes nach Artikel 3 Abs. 1 Grundgesetz der BRD wären - wobei der Ausschluß von Frauen von der politischen Willensbildung und Mitbestimmung, die Schaub offenbar vorschwebt, unter diesem Aspekt zum Schluß lediglich noch einmal erwähnt sei.

ⁱ Michael Schröders, geb. 1957, ehemaliger Geschichtslehrer; freiberuflich tätiger Historiker und Online-Redakteur, wohnhaft in der BRD; u.a. tätig als Moderator der zeitgeschichtlichen Online-Foren unter <http://www.shoa.de/forum/>, in Konzeption und fortlaufender Redaktion der "Literaturdatenbank Zeitgeschichte 1914 - 1990" im Nachrichtendienst für Historiker sowie mit regional- und lokalgeschichtlichen Projekten zur Verwaltungs- und Polizeigeschichte sowie zur Militärgeschichte im 20. Jahrhundert.

ⁱⁱ Dazu Hitler in seiner Ansprache vor der Reichswehrführung am 3. Februar 1933 im Hause des Reichswehrministers General Werner von Blomberg: "Ich setze mir eine Frist von 6 - 8 Jahren um den Marxismus vollständig auszurotten [im Manuskript gestrichen, M.S.] zu vernichten. Dann wird das Heer fähig sein eine aktive Außenpolitik zu führen, und das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes wird auch mit bewaffneter Hand erreicht werden - Das Ziel würde wahrscheinlich der Osten sein. Doch eine Germanisierung der Bevölkerung des annektierten bzw. eroberten Landes ist nicht möglich. Man kann nur Boden germanisieren. Man muß wie Polen und Frankreich nach dem Kriege rücksichtslos einige Millionen Menschen ausweisen". Zitiert nach: Andreas Wirsching: "Man kann nur Boden germanisieren". Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49, Heft 3, 2001, S. 516 - 550, hier S. 547. Die zitierten Sätze stimmen sinngemäß in allen Überlieferungen der Rede überein, vgl. ebd.

ⁱⁱⁱ Dazu die Rede des "Reichsrechtsführers" und späteren Generalgouverneurs in Polen, Hans Frank, vor der "Akademie für deutsches Recht" am 14. September 1935: "Dem ehernen Staat des Nationalsozialismus entspricht die eherne Rechtsauffassung, wonach Treue und Disziplin, Opfergeist und Volksgemeinschaft die ragenden Säulen der Gesamtordnung seines völkischen Gemeinschaftslebens und damit der Rechtsordnung werden"; zitiert nach: Schönbrunn (Bearb.): Weltkriege und Revolutionen 1914 - 1945 a.a.O. S. 317. Noch in Hitlers politischem Testament vom 29. April 1945 angesichts der totalen Niederlage wird der Opfermythos angesprochen: "Von allen Deutschen, allen Nationalsozialisten, Männern und Frauen und allen Soldaten der Wehrmacht verlange ich, dass sie der neuen Regierung und ihrem Präsidenten treu und gehorsam sein werden bis in den Tod"; ebd. S. 547.

^{iv} Otto Koellreutter: Der Deutsche Führerstaat. Tübingen 1934, S. 13.

^v Dazu Hitler: "Es gibt keine Majoritätsentscheidungen, sondern nur verantwortliche Personen, und das Wort 'Rat' wird wieder zurückgeführt auf seine ursprüngliche Bedeutung. Jedem Manne stehen wohl Berater zur Seite, allein die Entscheidung trifft ein Mann". Adolf Hitler: Mein Kampf. 815. - 820. Auflage. München 1943, S. 501.

^{vi} Alfred Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. München 1930, S. 512.

^{vii} Zur widerlegten Theorie von der "jüdischen Weltverschwörung" siehe zuletzt Norman Cohn: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung. 2. Auflage Berlin 1998.

^{viii} Zitiert nach : Weltkriege und Revolutionen 1914 - 1945. Bearbeitet von Günter Schönbrunn. München 1979 (Geschichte in Quellen; 5), S. 289. Die PNOS fordert in Punkt 8 ihres Parteiprogramms die "Auflösung aller Logen und Geheimbünde, die den Interessen von Volk und Staat schaden" und damit vermutlich die Aufhebung der Versammlungs- und Vereinsfreiheit.

^{ix} So zum Beispiel der Standarddarstellung von Ulrich Beck: Was ist Globalisierung ? München: C.H. Beck, 2000.

^x Dazu zuletzt z.B. Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933 - 1938. München 2000. Siehe auch Hermann Greive: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland. Darmstadt 1983.

^{xi} So hat Jürgen Graf, offensichtlich einer der Schulungsredner der Partei, eine epigonale Schrift kompiliert, die eine Vorrede Faurissons enthält und sich ohne eigene Forschungen in ihrer Darstellung auf die

Veröffentlichungen u.a. der Genannten stützt: Jürgen Graf: Der Holocaust-Schwindel. Vom Werden und Vergehen des Jahrhundertbetrugs. Basel 1993.

^{xii} Das "25 Punkte-Programm der NSDAP" wird hier zitiert nach: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 - 1945. Herausgegeben, eingeleitet und dargestellt von Walter Hofer. Frankfurt a.M. : Fischer-TB 6084, 1993, S. 28 - 31.

^{xiii} Bekanntlich verstieß das "Dritte Reich", beginnend mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 und endend mit Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg, in seiner Außenpolitik fortlaufend und beabsichtigt gegen völkerrechtliche Vereinbarungen; Hitler selbst führte dazu in einer Rede vor den Wehrmachtbefehlshabern am 23. Mai 1939 aus, in der er seine Absicht bekanntgab, Polen zur Gewinnung von "Lebensraum" anzugreifen: "Anzustreben bleibt, dem Gegner zu Beginn einen oder den vernichtenden Schlag beizubringen. Hierbei spielen recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle". Zitiert nach dem Redeprotokoll des Wehrmachtadjutanten bei Hitler, Rudolf Schmudt, abgedruckt in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Band XXXVII, S. 550.

^{xiv} Dazu Brigitte Bailer-Galanda / Wolfgang Benz / Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Die Auschwitzleugner: "Revisionistische" Geschichtslüge und historische Wahrheit. Berlin 1996, sowie neuerdings Jürgen Zarusky: Die Leugnung des Völkermords : Revisionismus als ideologische Strategie. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt a.M.: Fischer-TB 15218, S. 63 - 86.

Copyright: AKdH